



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 183. Ratssitzung vom 25. März 2026

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2026/80 und 2026/98

6001. 2026/80

Dringliches Postulat von Ivo Bieri (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) und Marco Denoth (SP) vom 25.02.2026:

Gastrobetriebe und Veranstaltende im Umfeld der Pride-Demonstration 2026, vereinfachte und zeitlich befristete Bewilligungsverfahren für einen Betrieb mit Aussenbeschallung, Aussenbars und erweiterten Öffnungszeiten

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2026/80 und 2026/98

Ivo Bieri (SP) begründet das Dringliche Postulat GR Nr. 2026/80 (vergleiche Beschluss-Nr. 5864/2026): Die Pride ist ein zentraler Moment für die queere Community und ein fester Bestandteil im Jahreskalender. Sie steht für Sichtbarkeit, Gleichstellung und den kontinuierlichen Einsatz für Rechte, die leider immer noch nicht überall selbstverständlich sind. Die Pride besteht aus zwei gleich wichtigen Teilen: Der politischen Demonstration, die dieses Jahr normal stattfindet. Und dem eher geselligen Teil, dem Festival, an dem Menschen zusammenkommen, sich austauschen und gemeinsam das Erreichte feiern. Gerade der zweite Teil ist mehr als nur ein Fest. Er schafft Räume der Begegnung, der Zugehörigkeit und Sicherheit. Er zieht Jahr für Jahr Personen aus der ganzen Schweiz an. Dass das Festival dieses Jahr nicht stattfinden kann, ist deshalb mehr als nur ein organisatorischer Ausfall. Es hinterlässt eine Lücke. Umso wichtiger ist es, dass die Community jetzt selbst aktiv werden und entsprechende Angebote schaffen kann. Genau da setzt das Postulat an. Die Stadt Zürich hat die Möglichkeit – und aus unserer Sicht auch die Verantwortung –, diese selbstorganisierte Initiative pragmatisch zu unterstützen. Nicht mit grossen Eingriffen oder Finanzen, sondern durch vereinfachte Verfahren, weniger Bürokratie und verlässliche Rahmenbedingungen. Die Pride ist nicht irgendein Anlass. Sie hat Strahlkraft weit über die Stadt hinaus. Sie zeigt, wofür Zürich steht: für Offenheit, Vielfalt und ein respektvolles Zusammenleben. Gerade in Zeiten wie jetzt, in denen queere Rechte international wieder mehr unter Druck geraten, ist das Zeichen wichtiger denn je. Wenn es uns trotz des Wegfalls des Festivals gelingt, einen lebendigen, sichtbaren und sicheren Pride-Samstag zu organisieren, ist das ein starkes Signal – gegen innen und aussen.



Attila Kipfer (SVP) begründet den von Roger Bartholdi namens der SVP-Fraktion am 11. März 2026 gestellten Ablehnungsantrag zum Dringlichen Postulat GR Nr. 2026/80: Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Ruedi Schneider (SP) begründet das Dringliche Postulat GR Nr. 2026/98 (vergleiche Beschluss-Nr. 5911/2026): Zürich ist eine offene und vielfältige Stadt. Sie bekennt sich zur Diversität und ihrer grossen queeren Community. Die traditionelle Pride-Demonstration im Juni zieht jeweils zehntausende Teilnehmende an und vermittelt wichtige Botschaften zur Gleichbehandlung und gegen die Diskriminierung der queeren Community. Die gemeldeten Hassdelikte bei der LGBTIQ-Helpline sind seit dem Jahr 2020 um das Fünffache gestiegen. Eine Studie von Amnesty International und gfs.bern zeigte, dass jede dritte queere Person in der Schweiz in den letzten fünf Jahren körperliche oder sexuelle Übergriffe erlebte. Die Pride hat also eine zentrale Bedeutung und ist eine Erinnerung daran, dass die Gleichstellung und der Schutz vor Diskriminierung keine Selbstverständlichkeit sind – in Zürich, in der Schweiz und erst recht weltweit. Vor kurzem wurde bekannt, dass das beliebte Festival rund um die Demonstration dieses Jahr nicht stattfindet und pausieren muss – unter anderem, weil die Sponsoren absprangen. Das ist nicht zufällig: Wir erleben international gerade einen beunruhigenden Backlash. Grosskonzerne ziehen sich aus der Unterstützung für die queere Community zurück. Nicht aus Überzeugung, sondern aus Angst. Aus Angst vor Trumps Willkür und aus Angst, eine Angriffsfläche zu bieten. Der Backlash erreicht auch die Schweiz. Diverse Konzerne zogen sich aus dem Sponsoring des Pride-Festivals zurück. Das trifft uns in Zürich ganz konkret. Und es trifft die queere Community. Auch wenn die politische Demonstration am 20. Juni selbstverständlich stattfindet, sorgte die Absage des Festivals für viele Unsicherheiten. Genau hier kommt die Stadt ins Spiel. Mit dem vorliegenden Postulat fordern SP, Grüne, AL und GLP den Stadtrat auf, die Vollbeflaggung während der Pride dauerhaft im Beflaggungsreglement zu verankern und zu prüfen, mit welchen weiteren Massnahmen die Sichtbarkeit der städtischen Solidarität erhöht werden kann. Das könnten beispielsweise Zebrastreifen in Regenbogenfarben, die Beleuchtung von Amtshäusern oder Strassenbemalungen entlang der Demoroute und im Umfeld queerer Bars und Treffpunkte sein. Die Sichtbarkeit der Solidarität wirkt. Es ist nicht einfach ein Bauchgefühl – es ist belegt. Studien zeigen: Wenn Unternehmen, Städte und Staaten ihre Solidarität sichtbar zeigen, hat das eine Wirkung auf die psychische Gesundheit und das Sicherheitsgefühl queerer Menschen. Sichtbarkeit ist kein Nice-to-have. Sie ist zentral – gerade in Zeiten, in denen andere Unterstützung wegbriecht und Grosskonzerne einknicken. Zürich hisste die Fahnen während der Pride bereits in den letzten Jahren aufgrund eines Vorstosses. Das soll weitergehen und fix verankert werden, damit diese Forderung nicht immer wieder aufs Neue gestellt werden muss. Aber Zürich soll mehr machen als das. Amsterdam beleuchtet seit über 20 Jahren seine Amtshäuser. Berlin hisst seit 30 Jahren die Regenbogenfahne an den Rathäusern. Paris hat längst permanente Regenbogenzebrastreifen im Stadtbild. Weltweit setzen hunderte Städte auf kreative und sichtbare Massnahmen. Es ist allerhöchste Zeit, dass sich Zürich anschliesst und kreative Massnahmen für mehr Sichtbarkeit der Solidarität mit der queeren Community ergreift. Wir fordern den Stadtrat auf, kreative Lösungen zu finden, um diese Forderung umzusetzen.



Wir sind überzeugt, dass der Stadtrat einen Weg finden wird, die Sichtbarkeit zu erhöhen. Die queere Community muss wissen und spüren, dass diese Stadt hinter ihr steht.

Attila Kipfer (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 18. März 2026 gestellten Ablehnungsantrag zum Dringlichen Postulat GR Nr. 2026/98: *Wir stellen den Ablehnungsantrag.*

Weitere Wortmeldungen:

Martina Zürcher (FDP): *Die FDP-Fraktion unterstützt das Postulat GR Nr. 2026/80, bei dem es um die vereinfachten Bewilligungsverfahren geht. Wir würden uns wünschen, dass es das auch für andere Veranstaltungen gäbe. Wir unterstützen die erhöhte Sichtbarkeit des Anlasses, die das Postulat GR Nr. 2026/98 fordert. Wir haben aber einen Textänderungsantrag. Wir möchten den zweiten Satz streichen. Uns stört das Mikromanagement mit den konkreten Massnahmen, die aufgeführt sind. Ruedi Schneider (SP) sagte, man fordere den Stadtrat auf, kreativ zu werden. Wenn ich das aber lese, steht nicht «zum Beispiel», sondern «unter anderem». Das bedeutet, dass man genau das fordert, was im Postulat steht und noch mehr. Wir möchten, dass der Stadtrat kreativ werden kann und würden das Postulat deshalb unterstützen, wenn der zweite Satz gestrichen wird.*

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): *Ruedi Schneider (SP) hat es gesagt: Die Stadt Zürich ist wichtig für die queere Community. Auch die Pride ist extrem wichtig. Gewalt und Diskriminierung gegenüber queeren Menschen sind noch immer Alltag. Das kann sich unterschiedlich zeigen: durch Abwertung, Ausschlüsse, Gewalt, blöde Sprüche oder Nachpfeifen auf der Strasse. Diese Gewalt und diese Diskriminierung zeigen sich auch im aktuellen Backlash und im Angriff auf Transrechte – gerade auch von rechter Seite. Wir kämpfen an der Pride deshalb immer noch für unsere Rechte, die aktuell extrem und fast schon selbstverständlich angegriffen werden. Wir kämpfen immer noch für Schutz, Respekt und ein gewaltfreies Leben. Aber wir kämpfen auch für ein schönes Leben. Und wir kämpfen solidarisch. In der queeren Community gibt es verschiedene Lebensrealitäten. Es gibt geflüchtete Transfrauen, es gibt schwule, weisse Manager. Deshalb ist es umso wichtiger, solidarisch zusammenzustehen sowie die unterschiedlichen Lebensrealitäten und Hürden zu adressieren. An einer Pride geht es darum, gemeinsam zu feiern. «Queer Joy is Resistance.» Das ist nicht einfach ein Satz. Zusammen zu feiern und zu demonstrieren, ist ein Akt des Widerstands in einer Gesellschaft, die Queersein noch immer abwertet und in der es immer noch Gewalt gegenüber Queers gibt. Es geht auch darum, sichtbar zu sein – für unsere Rechte, für junge Queers oder Menschen, die noch unsicher sind oder sich nicht outen können. Es ist schade, dass es dieses Jahr das Festival nicht gibt. Umso wichtiger ist es, dass die Stadt Zürich dieses Jahr hinsteht und sich hinter uns als Community stellt.*

Nicolas Cavalli (GLP): *Ich mache mir ernsthaft Sorgen, wenn ich die Grosswetterlage bezüglich der queeren Rechte anschau. Ich hatte bis vor ein paar Jahren das Gefühl, dass wir auf einem guten Weg sind. Ivo Bieri (SP) hat es vorher gesagt: Wir kämpfen an*



der Pride für gleiche Rechte. Wir haben nicht die gleichen Rechte und die Rechte sind an vielen Orten unter Druck. Nicht nur international. Es gibt auch auf nationaler und kantonaler Ebene Bestrebungen, Rechte, die man sich erkämpft hat, auszuhebeln. Ich finde es bedenklich, dass sich viele Supporterinnen und Supporter, viele Investorinnen oder Unterstützerinnen von Firmen zurückziehen – nur weil sich die politische Grosswetterlage dreht. Da muss man sich wirklich fragen, ob sie einfach so lange unterstützten, wie es dienlich und genehm war. Die Pride – sowohl der Umzug als auch das Festival – ist extrem wichtig für die Sichtbarkeit und für uns von der Community. Viele helfen mit und der Verein leistete immer einen grossen Effort. Daher unterstützen wir den Vorstoss, der darauf abzielt, dass Gastrobetriebe einen Teil dieser Aufgabe übernehmen können. Das ermöglicht es, dass wir nach dem Umzug weiterfeiern können. Die Beflaggungsmassnahme ist eine kleine Massnahme mit einer grossen Wirkung. Wir wissen, was Werbung im Aussenraum auslöst. Die vorgeschlagene Massnahme ist also eine Message, die nicht nur an die Zürcherinnen und Zürcher geht, sondern auch an internationale Besucherinnen. Ich finde es immer toll, wenn ich an der Pride unterwegs bin und viele Leute aus dem Ausland sehe, die das mitverfolgen und hoffentlich positiv mit nachhause nehmen. Deshalb ist es enorm wichtig, dass Zürich aufsteht und ein Zeichen setzt. Für mich ist Zürich vielfältig und es soll unbedingt so bleiben.

Michael Schmid (AL): *Aus Sicht der AL ist es bedauerlich, dass ein wichtiges politisches Anliegen zunehmend kommerziell vereinnahmt wurde. Über Jahre hinweg traten Grossfirmen – insbesondere amerikanische – als Sponsorinnen der Pride auf und nutzten sie für ihr Pinkwashing. Diese Unternehmen sind aber unzuverlässig und wie eine Fahne im Wind. In ihrem Heimatland ist es derzeit nicht opportun, die LGBTIQ-Szene zu unterstützen. Entsprechend werden auch bei uns Gelder gestrichen. Ganz ohne positive Seite ist diese Entwicklung allerdings nicht. Wir begrüssen ausdrücklich die Rückbesinnung der Pride auf ihre politischen Wurzeln. Wir nehmen auch wohlwollend zur Kenntnis, dass die Organisator*innen ankündigten, den Demonstrationscharakter in diesem Jahr umso stärker zu betonen. Die kommerzielle Vereinnahmung beschränkt sich aber nicht auf internationale Konzerne. Auch die in diesem Parlament gut vernetzte Gastronomielobby nutzte ihre Kontakte, um sich ein Stück des Kuchens zu sichern. Wir diskutierten im Gemeinderat schon mehrfach darüber. Gerade von der SP kamen in den letzten Jahren zahlreiche Vorstösse, die darauf abzielten, dass die Gastrobetriebe den öffentlichen Raum stärker kommerziell nutzen können – sei es durch mehr Fläche oder zusätzliche Beschallung. Ich legte beim Postulat GR Nr. 2023/474 schon dar, weshalb die AL solche Forderungen als nicht am Gemeinwohl orientiert erachtet. Unser Nein bedeutet nicht, dass nicht gefeiert werden soll. Partys sollen und dürfen stattfinden. Aber dafür gibt es bewährte, ordentliche Bewilligungsverfahren. Diese sind einzuhalten. Eine Sonderbehandlung lehnen wir ab. Sie schafft einen Präzedenzfall für weitergehende Forderungen der Gastro-Lobby und für eine schleichende Aufweichung von Lärmschutzbestimmungen, die heute an Anlässen wie dem Sechseläuten, der Street Parade oder Fussballspielen gelten. Eine Aufweichung ginge zulasten der berechtigten Ruhebedürfnisse der Anwohnenden. Was wir uns aber gut vorstellen können, ist eine stärkere visuelle Präsenz der Pride im Stadtraum. Deshalb begrüssen wir die im Postulat GR Nr. 2026/98 skizzierten Ideen. Aber auch da gilt es Mass zu halten. Eine Vollbeflaggung während 30 Tagen erachten wir als*



übertrieben. Angemessener wäre eine Konzentration auf den eigentlichen Anlasstag. Andere Massnahmen wie zum Beispiel das Einfärben von Strassen können wir uns durchaus längerfristig vorstellen. Sie machen die Pride sichtbar und leisten gleichzeitig einen Beitrag zur Verkehrsberuhigung und Verkehrssicherheit.

Sandra Gallizzi (EVP): Die Fraktion Die Mitte/EVP unterstützt das erste Postulat. Weil das Pride-Festival dieses Jahr nicht stattfinden kann, kommt unseren Gastronomiebetrieben eine zentrale Rolle zu. Sie werden zu Ankerpunkten für Begegnungen, Sichtbarkeit und den gesellschaftlichen Austausch. Weil der zentrale Event fehlt, sind wir der Meinung, dass das Engagement nicht an zu starren Regeln scheitern soll. Vereinfachte Verfahren für Aussenbars und Öffnungszeiten sind deshalb ein richtiges Signal. Auch eine Prüfung der Gebührenreduktion hilft den Betrieben, die jetzt Verantwortung übernehmen. Allerdings möchten wir trotz einer allfälligen Spezialbewilligung einen verantwortungsvollen Lärmschutz. Für die Fraktion Die Mitte/EVP ist klar, dass ein solches Fest auf Akzeptanz in der Bevölkerung angewiesen ist. Vereinfachte Bewilligungen bedeuten keinen Freipass. Gerade weil sich das Geschehen auf einzelne Betriebe verteilt, sind klare, einfache Rahmenbedingungen für alle Aussenbeschallungen essenziell. So schaffen wir eine Balance zwischen der Freude am Anlass und der Rücksichtnahme auf die Anwohnenden. Wir würden es allgemein begrüßen, wenn die Bewilligungsverfahren und Gebührenordnungen generell überarbeitet und dauerhaft für alle Anlässe vereinfachte Verfahren und gesenkte Gebühren angewendet würden. Das zweite Postulat unterstützen wir ebenfalls. Wir begrüßen die Sichtbarkeit und Vollbeflaggung während der Pride. Auch weitere Massnahmen unterstützen wir, wenn sie einfach und ohne grossen Aufwand umsetzbar sind.

Ruedi Schneider (SP): Wir lehnen den Textänderungsantrag der FDP ab. Ich verstehe den Mikromanagement-Vorwurf überhaupt nicht. Wir fordern mehr Sichtbarkeit und verweisen auf frühere Forderungen. Offenbar fehlte es damals dem Stadtrat an der Kreativität. Deshalb fordern wir jetzt auch ganz konkrete Dinge und freuen uns auf die Umsetzung. Die Sprecherin der FDP hat selbst gesagt, dass wir noch viel mehr fordern. Dort ist der Kreativität des Stadtrats keine Grenze gesetzt.

Stefan Urech (SVP): Ich habe vorher meinen Einsatz verpasst und führe deshalb gerne aus, weshalb wir die Postulate ablehnen. Der Fetisch für Fahnen auf der linken Seite ist ein Auswuchs von Identitätspolitik. Die SVP ist anders unterwegs. Wir möchten nicht das Individuelle und Teilende feiern, sondern das Gemeinsame. Unsere Fahne ist die Schweizer Fahne. Sie steht für die Bundesverfassung. Diese gewährt die Rechtsgleichheit, Versammlungsfreiheit, Glaubensfreiheit und das Recht auf Menschenwürde. An all das glauben wir – und zwar für alle. Das ist etwas Vereinendes, zu dem wir alle stehen können. Wir möchten nicht, dass Zürich einen Monat mit dieser Identitätsgruppe beflaggt wird und einen Monat mit einer anderen. Wir möchten, dass wir alle zu dieser einen Flagge stehen können, die alle Gruppen gleichbehandelt und niemanden diskriminiert. Zudem muss man sagen, dass es in der LGBT-Community auch nicht ganz so klar ist. Auch dort geht es schon weiter mit Unterflaggen. Es ist ultrakompliziert. Deshalb sollten



6 / 7

wir uns doch einfach darauf einigen, dass niemand im Sinn der Schweizer Bundesverfassung diskriminiert werden soll. Stehen wir zu jener Fahne, die das repräsentiert: der Schweizer Fahne.

Dominik Waser (Grüne): *Wenn die von Stefan Urech (SVP) genannte Fahne das repräsentieren würde, hätten wir die Postulate und Veranstaltungen nicht.*

Dr. David Garcia Nuñez (AL): *Meine Worte richten sich an Stefan Urech (SVP) und seine nach wie vor spezielle Art und Weise, wie er über das Thema spricht. Die Partei, die die Schweizer Fahne als einzige Partei in ihrem Logo hat, spricht von Identitätspolitik. Die Partei, die den Nationalismusbegriff bis zum letzten Mikrometer fetischisierte und alles nur unter dieser Optik anschauen will, sollte zum Thema Identitätspolitik schweigen. Es ist die Partei, die uns das seit Jahrzehnten einimpfte. Nicht nur auf der Makroebene, sondern auch auf der Mikroebene. Linke müssen nicht nur Politiker*innen sein, sondern müssen einen halben Meter über dem Boden gehen. Es ist wirklich erstaunlich. Sie respektieren auch nicht, wenn sich Leute selbstbestimmt definieren. Die Community definiert sich, wie sie will. Wenn es für Sie zu kompliziert ist, kann ich Ihnen sagen, dass es genug Beratungsangebote gibt, wo Sie sich informieren können. Es ist erstaunlich, dass Sie als Lehrer mit diesen Begrifflichkeiten nicht umgehen können. Sie haben auch gesagt, wir sollen uns an die Verfassung halten. An dieser Stelle erinnere ich gerne an die Jungpartei der SVP, die unter anderem wegen Homophobie verurteilt wurde. Wenn Sie nicht wollen, dass Leute homophob unterwegs sind, sollten Sie zuerst vor der eigenen Haustüre kehren.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: *Der Stadtrat ist sehr gerne bereit, das Postulat zu prüfen und unsere Möglichkeiten auszuschöpfen. Wir können die Regeln der Polizeiverordnung und den Leitfaden der Boulevardgastronomie nicht für einen Tag ausser Kraft setzen. Wir können und wollen aber prüfen, ob wir an der Pride eine Freinacht machen können. Das gilt zwar nur für die Innenräume. Es ist aber die einfachste und eine für die Gastrobetriebe unbürokratische Lösung. Wir nehmen das jetzt an die Hand und bleiben mit den Organisatoren in Kontakt.*

Das Dringliche Postulat wird mit 90 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



7 / 7

6002. 2026/98

**Dringliches Postulat der SP-, Grüne-, AL- und GLP-Fraktion vom 04.03.2026:
Erhöhung der Sichtbarkeit der städtischen Solidarität mit der LGBTIQ+ Community während der Pride-Monate**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2026/80, Beschluss-Nr. 6001/2026

Ruedi Schneider (SP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5911/2026).

Attila Kipfer (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 18. März 2026 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Das Dringliche Postulat wird mit 86 gegen 30 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat